

An den  
Vorsitzenden des Unterausschusses  
"Personal" des Haushalts- und  
Finanzausschusses des Landtags NW  
Herrn Bensmann  
Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

20. Oktober 1994  
2/se.



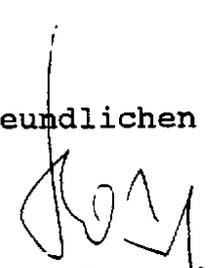
Betr.: Anhörung zu den Stellenplänen für die Landesverwaltungen  
gemäß Haushaltsentwurf 1995 am 19.10.1994

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Bensmann,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Bezugnehmend auf die gestrige Anhörung im Landtag übersenden wir Ihnen - wie versprochen - einen Nachtrag zu unserer Stellungnahme vom 13.09.1994 in 30-facher Ausfertigung.

Zum Thema Maßnahmenbündel "Geld statt Stellen" im Stellenplan 05 reichen wir Ihnen ebenfalls unverzüglich unser DBB-Papier nach.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Hanusch'.

( Hanusch )  
Geschäftsführer

Anlagen



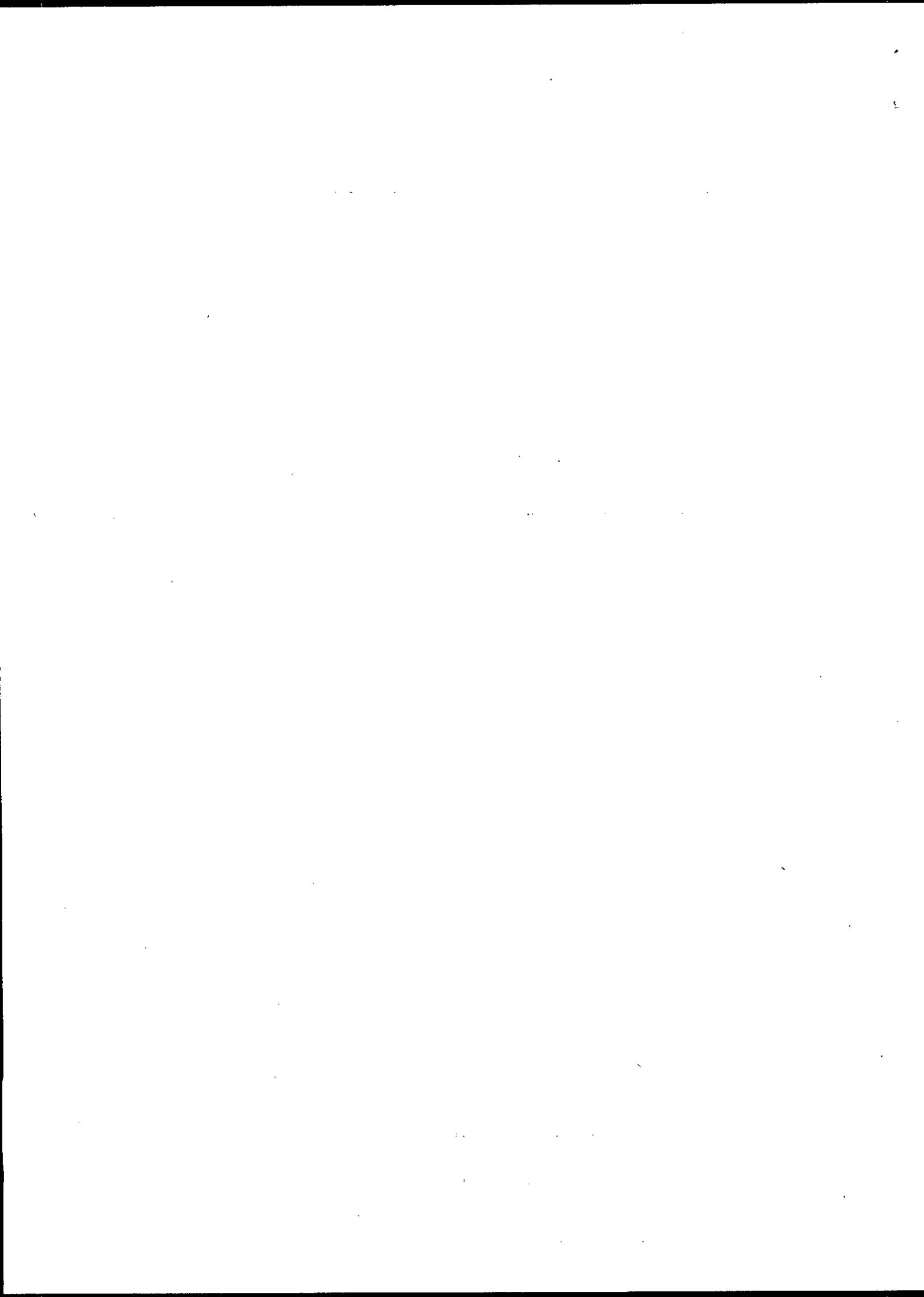
Deutscher Beamtenbund  
Landesbund Nordrhein-Westfalen

**KAPITEL 04 040**

=====

Sozialarbeiter in der Strafrechtspflege

Der uns angeschlossene Landesverband der Sozialarbeiter in der Strafrechtspflege hat dargelegt, daß allein nach den amtlichen Zahlen des Justizministers der größte Personalfehlbestand im Bereich der Landesjustizverwaltung, nämlich 27,1 %, bei den Sozialarbeitern in der Strafrechtspflege vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund erwartet der Landesverband der Sozialarbeiter in der Strafrechtspflege daß er, auch als kleine Berufsgruppe, berechnigte Berücksichtigung findet.



KAPITEL 10 130  
=====

LÖBF, LAfAO, Verwaltung für Agrarordnung

Zum Stellenplan

A 16 Z/A 16

Mit Hinweis auf die Neuorganisation fällt eine A16 + Z weg, zwei A 16 werden umgewandelt nach A 15 infolge Rückschlüsselung. Nach dem erklärten Willen der Landesregierung sollen die negativen Auswirkungen der massenhaften KW-Vermerke in der Verwaltung für Agrarordnung durch eine 3-jährige Phasenverschiebung bei der Nachschlüsselung gemildert werden. Die Ansätze im Haushalt 95 widersprechen dieser schriftlich gegebenen Zusage.

A 13/A 14

Von den von der Verwaltung für Agrarordnung in den gemeinsamen Stellenplan eingebrachten Planstellen sind in der Besoldungsgruppe A 13 h.D. alle, von den 36 Stellen der Besoldungsgruppe A 14 29 KW gestellt. Das entspricht 100 % des Eingangsamtes und 80 % des 1. Beförderungsamtes.

Diese KW-Vermerke bedeuten einen totalen Einstellungsstopp im höheren Dienst der Verwaltung für Agrarordnung und einen ca. 15-jährigen Beförderungsstopp für das erste Beförderungsamte!  
Damit sind fatale Auswirkungen auf den zukünftigen Altersaufbau, vor allem aber auf die Motivation und Leistungsbereitschaft der Bediensteten verbunden. Es kann von niemandem gewollt sein, leistungsstarke Beamte 15-20 Jahre im Eingangsamte zu belassen oder Aufstiegsbeamte, die vor 4-7 Jahren den Aufstieg schafften und sich in der neuen Laufbahn bewährt haben, mit A 13 in den Ruhestand zu schicken.

Die Landesregierung hat am 16.03.1993 beschlossen, daß auch für Bedienstete in KW-belasteten Verwaltungen "ausreichend Entwicklungs- und Förderungsmöglichkeiten bleiben". Das Problem ist beim MURL erkannt, die zugesicherten Einstellungs- und Beförderungskorridore bewiesen sich bisher aber als leere Worthülsen. Es werden haushaltstechnische und -rechtliche Maßnahmen zur Verbesserung dieser unhaltbaren Situation gefordert.

A 10/A 11

Das zu A 13/A 14 Ausgeführte gilt hier für die Stellen des gehobenen technischen Dienstes entsprechend.

Tarifbereich

BAT II a

Für wissenschaftlich ausgebildete und tätige Angestellte (Diplom-Biologen, Diplom-Geografen) in der Verwaltung für Agrarordnung, die unter Wert eingestellt und vergütet werden, sind entsprechende Stellen zu schaffen. Dies ist umso dringlicher, als es nach der Zusammenlegung mit der LÖLF, wo eine tarifgerechte Vergütung erfolgte, zu einer "Zweiklassen-Gesellschaft" gekommen ist.

Zu 525 11 185 in Zusammenhang mit Titelgruppe 79

Wie der Titelgruppe 79 zu entnehmen ist, ist die Verwaltungshilfe für die neuen Länder eingestellt worden. In den neuen Ländern besteht ein erheblicher Ausbildungsbedarf, aber nicht das entsprechende Ausbildungs-Know-How. In NRW ist wegen der Sparmaßnahmen die Ausbildung z.T. stark rückläufig. Um der Verwaltung in NRW das Ausbildungs-Know-How zu erhalten und gleichzeitig wichtige Aufbauhilfe für die neuen Länder zu leisten wird vorgeschlagen, Auszubildende aller Ebenen (Lehrlinge, geh., höh. Dienst) aus den neuen Ländern in NRW auszubilden. Dies setzt voraus, daß der Haushalt-Ansatz nicht gekürzt, sondern erhöht wird.

Zu 527 10 185, 527 20 185

Die Ansätze für Reisekostenvergütungen für Dienstreisen als auch für Reisen der Personalvertretung sind unverändert, obwohl durch die Auflösung von Ämtern ein erhöhter Bedarf entstehen wird. Eine Erhöhung der Ansätze wird für erforderlich gehalten.

Deutscher Beamtenbund  
Landesbund Nordrhein-Westfalen

**KAPITEL 10 120**

=====

Landesumweltamt, Staatliche Umweltämter

**KAPITEL 07 110**

=====

Landesamt für Arbeitsschutz, Staatl. Ämter für Arbeitsschutz

Für beide Kapitel waren zunächst je 15 Stellenumwandlungen nach Bes.Gr. A10 BBesO etatisiert, da sowohl das Umwelt- wie das Arbeitsministerium die fachliche und personalfürsorgliche Notwendigkeit zur Beschaffung von Aufstiegsmöglichkeiten des mittleren Dienstes der ehemaligen Gewerbeaufsicht gesehen hatte. So sind Beamte, die mit erheblich über dem Durchschnitt beurteilt sind, seit mehr als 15 Jahren immer noch im Eingangsamt A 7. Diese Überlegungen haben den Petitionsausschuß dazu bewogen, das Anliegen am 15. März 1994 durch Beschluß zu unterstützen. Wir fordern, daß dem Beschluß des Petitionsausschusses gefolgt wird und in den beiden Kapiteln je 15 Stellen von A 7 nach A 10 umgewandelt werden.

